

ALEJANDRO MANTILLA Q.

FÜNFZIG JAHRE EINSAMKEIT

BEI DEN WAHLEN IN KOLUMBIEN TRITT RECHTSAUSSEN
GEGEN MITTE-RECHTS AN – EINE AUSNAHME IN LATEINAMERIKA

Nach fast zwei Jahrzehnten des Stillstands melden sich in Kolumbien die sozialen Organisationen mit massiven Protesten zurück. 2013 war das Jahr mit den meisten Protestaktionen seit 1975. Anfang Mai 2014 kam es erneut zu einem sogenannten Agrarstreik, das heißt zu landesweiten Straßenblockaden vor allem durch KleinbäuerInnen. Kurz vor den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai stehen die Agrarpolitik und die Landfrage, die auch die Friedensverhandlungen mit der FARC in Havanna bestimmt haben, wieder im Zentrum der Auseinandersetzungen. Die Proteste richten sich gegen die Auswirkungen des in den letzten Jahren vertieften neoliberalen Freihandelsmodells, das für mehr Armut auf dem Land sorgt. Präsident Santos liegt in der Wählergunst zwar weit vor allen anderen KandidatInnen, kann aber nur ein Drittel aller Wählerstimmen auf sich vereinigen. Deshalb wird es vermutlich zu einer Stichwahl kommen. Die Linke liegt abgeschlagen auf dem vierten Platz, obwohl ihre Themen die Proteste bestimmen.

«Zieh dir die Schuhe an und hilf mir, diesen Scheißkrieg zu beenden.» Als er dies sagte, wusste er nicht, dass es leichter ist, einen Krieg anzufangen als ihn zu beenden.

Oberst Aureliano Buendía zu Oberst Márquez in Gabriel García Márquez' Roman «Hundert Jahre Einsamkeit»

Die Worte von Oberst Buendía könnten passender nicht sein, um die heutige Situation in Kolumbien zu beschreiben. Nach monatelangen, vorsichtigen Geheimverhandlungen kündigte Präsident Juan Manuel Santos am 4. September 2012 offizielle Friedensgespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP-Guerilla (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee) an. Auch mit der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) seien Friedensverhandlungen möglich. Ein Erfolg der Verhandlungen zwischen Regierung und den Rebellengruppen würde einer bewaffneten Auseinandersetzung ein Ende bereiten, die Kolumbien seit fast fünfzig Jahren geißelt.

Die traditionelle politische und militärische Macht war in Kolumbien schon immer eng mit dem Großgrundbesitz verknüpft, der nicht nur die Stütze des politischen Systems, sondern auch die Wurzel des bewaffneten Konflikts ist. Der Großgrundbesitz war schon immer eine Art regulierendes Element der nationalen Politik.

Es überrascht deshalb nicht, dass das Thema Landreform bei den Verhandlungen zwischen Regierung und FARC an erster Stelle stand. Den verschiedenen Akteuren im bewaffneten Konflikt geht es letztlich um Landbesitz. Die mit den Guerillas sympathisierenden politischen Kräfte artikulierten

sich rund um die Verteidigung der KleinbäuerInnen und die Forderung nach einer Landreform. Demgegenüber kann das paramilitärische Projekt, das seit Anfang der 1980er Jahre von den großen ViehzüchterInnen, LandbesitzerInnen und DrogenhändlerInnen betrieben wird, als Reaktion auf die Friedensverhandlungen mit der Guerilla verstanden werden, um eine mögliche Landreform zu verhindern.

In den 1990er Jahren verschärfte sich die Situation durch die große Zahl an Vertreibungen. Staatlichen Berechnungen zufolge wurden in den Jahren 1996 bis 2012 insgesamt 4.744.046 Menschen aus ihren Heimatorten vertrieben.¹ Diese Vertreibungen hatten eine regelrechte Umstrukturierung des Territoriums und der verfügbaren Landflächen zur Folge. Hauptsächlich betroffen waren Kleinbauernfamilien, indigene und afrostämmige Gemeinden, die ihr Land zurücklassen mussten. Die Hauptursache der Vertreibungen ist Landraub, der zugunsten großer Agroindustrie-, Bergbau- und Energieprojekte stattfindet oder neue Flächen unter die Kontrolle des Drogenhandels bringen soll. Die Vertreibungen sind also nicht etwa eine Nebenwirkung des Konflikts, sondern das eigentliche Ziel der bewaffneten Akteure, insbesondere der Paramilitärs, und der – legalen und illegalen – UnternehmerInnen in ländlichen Gegenden, die die «Akkumulation durch Enteignung» (Harvey) in großem Stil betreiben und zum Modell erhoben haben.

Die enge Verstrickung zwischen bewaffneten Akteuren und Akteuren aus der Politik, das Fehlen einer Politik, die die Landreform vorantreiben, den traditionellen Großgrundbesitz aufteilen und die Rückkehr der Vertriebenen ermögli-

chen würde, sowie die systematische Verfolgung bestimmter Teile der Linken erschweren die Beendigung des Krieges. Nichtsdestotrotz dauern die Friedensbemühungen an.

Bisher wurden in den Friedensverhandlungen zwischen FARC und Regierung zwei Themen diskutiert: die Entwicklung des ländlichen Raums und die Möglichkeiten politischer Partizipation. Derzeit wird der dritte Punkt – der illegale Drogenhandel – erörtert. Zwei weitere Punkte stehen noch aus: die Entschädigung der Opfer sowie die Beendigung des Konflikts. Unter diesem letzten Aspekt sollen Themen wie die Beendigung der Feindseligkeiten und die Niederlegung der Waffen ausgehandelt werden. Der bisherige Prozess hat deutlich gemacht, dass es sich um den ernsthaftesten Versuch zur Beendigung des Konflikts seit fünfzig Jahren handelt. Dennoch sind die sozialen Bewegungen skeptisch: Zum einen stellt sich die Frage, ob und in welchem Maße das Verhandlungsergebnis tief greifende gesellschaftliche Veränderungen ermöglichen oder ob nicht vieles einfach beim Alten bleibt. Zum anderen kritisieren sie, dass die kolumbianische Gesellschaft bisher kaum an den Verhandlungen teilhat. Weil das bei Verhandlungen mit der ELN vermutlich anders wäre, ist dieser Aspekt von zentraler Bedeutung.

Auch wenn es einfacher ist, einen Krieg anzuzetteln als ihn wieder zu beenden, halten die Menschen in Kolumbien an der Hoffnung auf Frieden fest.

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN UND DIE GEFAHR DER GLEICHGÜLTIGKEIT

Die Friedensverhandlungen finden parallel zum Präsidentschaftswahlkampf für die Amtsperiode der Jahre 2014 bis 2018 statt. Bisher ist Präsident Juan Manuel Santos der Favorit, er liegt in sämtlichen Umfragen weit vor seinen MitbewerberInnen. Allerdings ist der Wahlkampf von einer großen Apathie geprägt. Im Unterschied zu früheren Jahren entwickeln die KandidatInnen nur mäßigen Enthusiasmus. Santos führt die Umfragen an, weil er verspricht, die Friedensgespräche weiterzuführen und weil er sich im Parlament auf eine Koalition stützen kann, die ihm die Stimmen der Mehrheit der politischen Klasse sichert – bestehend aus Liberalen, der Sozialen Partei der Nationalen Einheit, kurz: Partido de la U, und der Partei Cambio Radical (Radikaler Wandel). Die Wiederwahl Santos' ist also wahrscheinlich, und dies, obwohl seine Beliebtheit im Laufe seiner Amtszeit deutlich abgenommen hat. Beweis hierfür sind die immer häufiger werdenden Proteste, die die Unzufriedenheit unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen zum Ausdruck bringen. Immerhin war 2013 das Jahr mit den meisten Demonstrationen und Protestaktionen in Kolumbien seit 1975.²

Aber Santos' GegenkandidatInnen schaffen es nicht, sich diesen Popularitätsverlust zunutze zu machen. Seine wichtigsten Widersacher sind der Liberale Enrique Peñalosa, ehemaliger Bürgermeister von Bogotá, der sich in seiner politischen Vision nur wenig vom amtierenden Santos unterscheidet, sowie Oscar Iván Zuluaga vom sogenannten Demokratischen Zentrum, der von Expräsident Álvaro Uribe gegründeten neuen Rechtspartei. Neuere Umfragen legen nahe, dass einer der beiden im zweiten Wahlgang gegen Präsident Santos antreten wird.

Für die Linke steht das Zwei-Frauen-Gespann aus Clara López vom Polo Democrático und Aída Avella von der Patriotischen Union an vierter Stelle in der Präferenz der WählerInnen. Die politisch erfahrene Clara López hat bereits viele wichtige Ämter bekleidet, unter anderem war sie Bür-

germeisterin von Bogotá, wogegen Aída Avella erst vor Kurzem aus 17 Jahren Exil zurückgekehrt ist, in das sie mehrere, auf sie verübte Attentatsversuche gezwungen hatten. Auch wenn sie kaum reale Chancen zu haben scheint, spiegelt die Kandidatur von López und Avella doch den Willen zur Einheit einiger Strömungen in einer ansonsten zersplitterten Linken wider. Wenn es den beiden Kandidatinnen allerdings gelingt, die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu bündeln und die Protestbewegung für sich einzunehmen, ist nicht ausgeschlossen, dass sie bei den Wahlen Ende Mai noch für eine Überraschung sorgen.

In den vergangenen Jahren prägte der Konflikt zwischen dem amtierenden Präsidenten Santos und seinem Vorgänger Uribe die kolumbianische Politik. Letzterer hatte Santos in seinem ersten Wahlkampf unterstützt. Doch einmal an der Macht, schlug Santos einen liberaleren Kurs ein, distanzierte sich mehr und mehr vom konservativen, kriegstreibenden Erbe seines Vorgängers und begann, sich auf die Einleitung von Friedensverhandlungen zu konzentrieren. Santos kann auf die Unterstützung der traditionellen Bourgeoisie in den Städten und der großen transnationalen Investoren zählen, Uribe rekrutierte seine AnhängerInnen aus Großgrundbesitz- und Armeekreisen. Nach dem Bruch zwischen Uribe und Santos wurde Uribe zum wichtigsten Anführer der Rechtsopposition und gründete mit dem Centro Democrático eine neue Partei.

Die Einsamkeit Kolumbiens im ansonsten so progressiven lateinamerikanischen Kontext liegt darin begründet, dass hier eine Mitte-rechts-Regierung an der Macht ist und die stärkste oppositionelle Kraft auch noch aus der extremen Rechten kommt. Bei den Parlamentswahlen im vergangenen März erhielt die Uribe-Partei zwölf Prozent der Stimmen und war damit hinter dem Partido de la U – der Partei von Juan Manuel Santos – die zweitstärkste politische Kraft. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass der rechte Kandidat wirklich zum Präsidenten gewählt wird.

Das wichtigste Wahlkampfthema sind zweifellos die Friedensverhandlungen. Während Santos, Peñalosa und López versichern, dass sie die Friedensbemühungen fortsetzen werden, hat Zuluaga den Friedensprozess wiederholt kritisiert, sodass davon ausgegangen wird, dass ein Wahlerfolg seinerseits das Ende der Hoffnung auf ein Ende des Konflikts bedeuten würde.

DIE WIDERSPRÜCHE DER LINKEN

Die massiven sozialen Proteste zeigen deutlich den Popularitätsverlust der Regierung Santos'. Ein Beispiel dafür war der landesweite Agrarstreik im August 2013 – eine der größten und bedeutendsten Protestaktionen der vergangenen Jahrzehnte. Obwohl ein Großteil dieser Proteste von linken Organisationen initiiert wurde, sind die Wahlchancen der Linken gegenüber den Rechtsparteien minimal. Die Linke ist auf der Straße stark, doch vermag sie diese Kraft nicht in Wählerstimmen umzumünzen. Die Linkspartei Polo Democrático konnte bei den Parlamentswahlen im vergangenen März gerade einmal fünf von insgesamt 100 Senatorensitzen erobern. Dieses Ergebnis zeigt deutlich den hohen Preis, den die Zersplitterung innerhalb der Linkspartei Polo Democrático fordert, bringt aber auch die Schwierigkeiten und Probleme einer linken Opposition im Kontext von Krieg und Verfolgung zum Ausdruck.

Ende 2013 wurde Gustavo Petro, Bürgermeister von Bogotá, Exguerillero der M-19-Bewegung und heute eine der

prominentesten Figuren der kolumbianischen Linken, seines Amtes enthoben. Der Generalstaatsanwalt, ein erzkatholischer Konservativer, hatte Petro kurzerhand seines Amtes enthoben – eine Strafmaßnahme, die in der Öffentlichkeit mehrheitlich als übertrieben und unbegründet wahrgenommen wurde. Petro wird nicht etwa der Korruption beschuldigt, er hatte sich Ende des Jahres 2012 lediglich gegen das vorherrschende neoliberale Privatisierungsmodell gestellt, indem er versucht hatte, ein Müllentsorgungssystem einzuführen, in dem staatliche Betriebe wieder die Oberhand über private Firmen gewinnen. Damit hatte er gegen ein Gesetz verstoßen. Das Verfahren gegen den Bürgermeister verstärkt den Eindruck, dass die Linke mit einer Kombination aus juristischen und gewalttätigen Methoden systematisch verfolgt wird. Nach der Amtsenthebung kam es zu massiven Protesten. Durch einen klugen juristischen Schachzug gelang es Petro, sein Amt zumindest zeitweise wieder zurückzugewinnen. Doch stehen in dieser Sache noch mehrere Urteile aus, weshalb es voreilig wäre, Vermutungen über ihren endgültigen Ausgang anzustellen.

Dies ist der Kontext, in dem die gesplante kolumbianische Linke darum kämpft, sich neu zu organisieren und ihre Einheit und Mobilisierungskraft zurückzugewinnen. Vom 15. bis 17. März 2014 fand ein Gipfeltreffen von Agrar-, Kleinbauern-, ethnischen und anderen Basisorganisationen statt (Cumbre Agraria, Campesina, Étnica y Popular). Zahlreiche unterschiedliche Kleinbauern-, Agrar-, indigene und Afroorganisationen haben einen gemeinsamen Forderungskatalog erstellt, dem sie kurz vor den Wahlen mit einer Aktion Nachdruck verleihen wollen, die dem Streik im vergangenen Jahr in nichts nachzustehen verspricht. Die Forderungen betreffen Landnutzungspläne, die Agrarreform, den Umweltschutz, Garantien für zivile und soziale Rechte, die Trans-

formation des Wirtschaftsmodells sowie die Beteiligung der organisierten Gesellschaft auf dem Weg zum Frieden.³

Die ungleiche Verteilung von Land und Boden ist, wie gesagt, nicht nur das Fundament des politischen Regimes, sondern auch der Ausgangspunkt des bewaffneten Konflikts in Kolumbien. Deshalb ist die Mobilisierung der ländlichen Gruppierungen ein Schlüsselmoment für die Veränderung der Kräfteverhältnisse in einer von Gewalt und Ungleichheit geprägten Gesellschaft. Hier liegt die Chance der Linken, die soziale Unzufriedenheit zu ihren Gunsten und in Richtung eines Projekts zu kanalisieren, das nicht nur den langersehnten Frieden anstrebt, sondern auch die tief greifende Transformation des herrschenden wirtschaftlichen und politischen Modells.

Alejandro Mantilla O. ist Direktor des Bildungs- und Forschungszentrums CEDINS, einer Partnerorganisation der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kolumbien.

Übersetzung: Cordi Thöny

Weitere Informationen zur Region erhalten Sie im monatlichen Newsletter des Referats Lateinamerika der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ein kostenloses Abonnement ist unter <http://is.gd/m6YL6N> möglich.

¹ Die Zahlen sind dem Bericht «Basta ya» entnommen, siehe www.centrodememoriahistorica.gov.co/micrositios/informeGeneral/estadisticas.html. ² Siehe Cinep (Hrsg.): Luchas sociales en Colombia 2013, Bogotá 2014, unter: http://issuu.com/cinepppp/docs/informe_especial_luchas_sociales_en/1?e=3199483/7610941. ³ Siehe <http://congresodelospueblos.org/index.php/pueblo-en-lucha/cumbre-agraria/484-pliego-de-exigencias-de-la-cumbre-agraria>.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Henning Heine Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet) Redaktionsschluss: Mai 2014 Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

STANDPUNKTE

08/2014

ARMIN OSMANOVIC
Unzufrieden mit den Erben Mandelas

07/2014

PG MACIOTI
Liberal zu sein reicht nicht aus

06/2014

JOHN NEELSEN
Die Peripherie macht mobil

05/2014

LUTZ BRANGSCH / JUDITH DELLHEIM /
FRIEDER OTTO WOLF / GABI ZIMMER
Die «europäische Frage» und die Linken

04/2014

STEFAN KUNATH / SEBASTIAN WORMSBÄCHER
Vereinigte Staaten von Europa

03/2014

FELIX KNOKE
Bilde Dich gefälligst selbst!

02/2014

TORGE LÖDING
Linker Kandidat darf auf den Sieg hoffen

01/2014

MATTHIAS MONROY / ANDREJ HUNKO
Ein Himmel voller Kameras

14/2013

CHRISTINE BRÜCKNER
Druck und Zwang statt spielendes Lernen

13/2013

DENIZ UTLU
Für Trauer und Zorn

12/2013

PETER DAHLGREN
Verbessern soziale Medien die demokratische Partizipation?

11/2013

CORNELIA HILDEBRANDT / JOCHEN WEICHOLD
Bundestagswahl 2013: Wahlprogramme der Parteien
im Vergleich

10/2013

MICHAEL SCHLECHT
Deutschland gefährdet Europa

09/2013

CORNELIA HILDEBRANDT / HORST KAHRS /
HARALD PÄTZOLT
Nach acht Jahren Merkel: No trouble?

08/2013

GÜNTHER SALZ
Müll für Menschen

07/2013

MARIO CANDEIAS
No Exit – Falsche Gegensätze in der Euro-Debatte

STANDPUNKTE INTERNATIONAL (Ab 2014 in die Reihe «Standpunkte» integriert.)

14/2013

JULIO C. GAMBINA
Viele Ungewissheiten

13/2013

TORGE LÖDING
Traum von einer linken Präsidentin in Honduras

12/2013

YOUNAS A. CHOWDHRY
Neuer demokratischer Spielraum in Pakistan

11/2013

MICHAEL GLASS
«Lieber rot als schwul»?

10/2013

ANTONIO MARTINS
Brasilianischer Frühling oder Putsch von rechts?

09/2013

MANUEL PALZ
Steiniger Weg in Myanmar

08/2013

TORGE LÖDING
Wachsende Unzufriedenheit in Costa Rica

07/2013

PHILIPP GERBER
Europäische Unternehmen erzwingen das grüne Geschäft
mit dem Wind in kolonialem Stil

06/2013

CLAUS-DIETER KÖNIG
Mali: Vom «Hoffnungsträger» zum «Krisenstaat»

05/2013

JULIAN MARIOULAS
Verantwortung in der Krise